




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

28.07.04

Rossmann fordert Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn

Was innerhalb und zwischen den Gewerkschaften und auch in der SPD durchaus noch kontrovers diskutiert wird und nach dem Willen des SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering sehr offen debattiert werden soll, hat bei dem Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten und Elmshorner SPD-Ortsvorsitzenden Dr. Ernst Dieter Rossmann zu einer klaren Position geführt. Der Abgeordnete will sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass es gesetzliche Mindestlöhne gibt, die für einen vollen Arbeitsplatz ein angemessenes Mindesteinkommen sichern. Für den Abgeordneten ist es ein zunehmendes Problem in Deutschland, dass immer mehr Menschen zu Niedrigstlöhnen arbeiten müssen. Schätzungen gehen davon aus, dass es sich hierbei bereits um mehr als 4 Millionen Menschen handelt, die mit Entgelten von sechs Euro und weniger in der Stunde für ihre Arbeit auskommen müssen. Davon könne aber kein Arbeitnehmer eine Familie unterhalten und seinen

Lebensunterhalt bestreiten. Rossmann: "Wir haben in Deutschland insgesamt 670 Berufe, bei denen die Tariflöhne gegenwärtig unter 6 Euro in der Stunde liegen. Auch diese Tatsache zeigt, dass sich die Marktkräfte einseitig gegen die Arbeitnehmer entwickeln, was weder für die Einkommenssituation noch für die Kaufkraft, die Binnennachfrage und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit insgesamt gut ist." Der Abgeordnete hält deshalb eine breite gesellschaftliche Debatte über eine faire Mindestentlohnung für absolut notwendig. Rossmann: "Andere Länder verbinden einen solchen fairen gesetzlichen Mindestlohn sehr wohl mit einer zusätzlichen Tarifvereinbarung von Arbeitgebern und Gewerkschaften, die Qualifikation und Produktivität in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen abbildet." Ein immer weiter gehendes Absacken der Niedriglöhne dürfe nach Auffassung des Abgeordneten jedenfalls nicht hingenommen werden. Von einer breiten steuerlichen Bezuschussung von Niedrigstlöhnen, wie sie über Kombilöhne z.B. bei der CDU/CSU angedacht wird, hält der Abgeordnete nichts. Rossmann: "Wer dieses Instrument auf breiter Front gegen Niedrigstlöhne einsetzen will, muss deutlich machen, wo die Lohnsubventionen herkommen soll. Die CDU hat doch schon Schwierigkeiten, die Steuersubvention für ihre Kopfpauschale bei der Krankenversicherung in Höhe von über 20 Milliarden Euro glaubwürdig darzustellen."